

Gemeinsam. Sozial. Für NRW.

**Sozialpolitische Positionen und Forderungen
der Freien Wohlfahrtspflege NRW
zur Landtagswahl 2017**

– Auszug –

Chancen für Kinder, Jugendliche, Familien und Frauen

Freiwilligendienste

Freiwilligendienste

In den Freiwilligendiensten in NRW engagieren sich jährlich rund 20.000 junge Menschen. Ihre Vielfalt spiegelt die Diversität der Gesellschaft und ermöglicht integrative Erfahrungen. Der Mehrwert der Freiwilligendienste ist nicht allein im praktischen Beitrag der Teilnehmenden für ihre Einsatzstellen zu sehen, sondern zeichnet sich durch ein Verständnis dieser Engagementform als Bildungs- und Orientierungsjahr aus. Dabei werden die Freiwilligen darin unterstützt, sich im Rahmen ihres Dienstes persönlich und beruflich zu orientieren, sich für eine offene, solidarische und vielfältige Gesellschaft zu engagieren und sich reflektiert Rassismus sowie autoritären Politikverständnissen entgegenzustellen.

Unsere Forderungen und Positionen:

- **Teilhabe durch Teilzeit:** Für Freiwillige unter 27 Jahren ist bisher gesetzlich eine Vollzeitpflicht vorgesehen. Möchten jüngere Freiwillige mit einer Beeinträchtigung oder in einer besonders schwierigen Lebenssituation einen zeitlich reduzierten Freiwilligendienst leisten, so ist dies regulär nicht möglich. Den zuständigen Trägern bzw. Zentralstellen sollte eine Ausnahmepraxis zugestanden werden.
- **Subsidiarität garantieren:** Das aus dem Subsidiaritätsprinzip abgeleitete Trägerprinzip hat die Freiwilligendienste jahrzehntelang geprägt. Es muss wieder zum grundlegenden Prinzip aller Freiwilligendienste werden, dass die Träger und verbandlichen Zentralstellen als Kompetenzzentren für die Bildungsarbeit sowie für die Weiterentwicklung der Dienste wirken.
- **Anerkennungskultur stärken:** Eine umfassende Anerkennungskultur trägt zu einer nachhaltigen Wertschätzung, Ermutigung und öffentlichen Sichtbarkeit bürgerschaftlichen Engagements bei. Dabei sind folgende Punkte wichtig:
 - Eine Verbesserung in der Berücksichtigung von Freiwilligendienstzeiten bei den Zugängen zu Ausbildungs- und Hochschulplätzen.
 - Die Stärkung der Anerkennung des einheitlichen Freiwilligenausweises bei landesweit relevanten Anbietern von Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen.
 - Vergünstigungen beim Nahverkehr durch Einführung eines Freiwilligendiensttickets.
 - Die Befreiung vom Rundfunkbeitrag für Freiwilligendienstleistende.